



Jäger und Sammler ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Von Misstrauensantrag zu Misstrauensantrag

Die „schärfste Waffe“ des Parlaments ist zugleich jene, die am wenigsten Wirkung zeigt: Denn ein Misstrauensantrag, mit dem in der Theorie ein Minister, ja die ganze Regierung des Amtes enthoben werden kann, braucht

Misstrauensanträge abgeschmettert worden. Und so wird auch der fünfte Misstrauensantrag gegen Innenminister Herbert Kickl mit den Stimmen der FPÖ und der ÖVP abgelehnt werden.

Außer oppositioneller Folklore also nichts gewesen? Die Opposition darf nach einem öffentlichkeitswirksamen Auftritt schon am nächsten Antrag tüfteln.

Mit echtem Parlamentarismus hat das alles wenig zu tun. Denn das freie Mandat existiert nur auf dem Papier. Und von Gewaltentrennung kann keine Rede sein, wenn die Exekutive (die Regierung) der Legislative (dem Nationalrat) vorschreibt, wie sie abzustimmen hat.

GLOSSE

Maria Zimmermann

eine Mehrheit im Parlament. Diese Mehrheit haben in der Praxis jene Parteien, die auch die Regierung stellen. Und die Mandatäre der Regierungsparteien stimmen wiederum so ab, wie es ihre Parteien, wollen – dem Klubzwang sei Dank.
So sind bisher noch alle

Kein Vertrauen in Kickl

Der Innenminister muss sich bereits zum fünften Mal einem Misstrauensvotum stellen. Warum die „schärfste Waffe des Parlaments“ nicht greift und auf wessen Spuren Herbert Kickl wandelt.

WIEN. Wenn die Oppositionsparteien Herbert Kickl am Mittwoch im Nationalrat ihr Misstrauen aussprechen, ist das für den blauen Innenminister fast schon Routine: Er muss sich bereits zum fünften Mal einer Misstrauensabstimmung stellen. Zwei Mal stimmte der Nationalrat bisher über den Verbleib Kickls als Innenminister rund um die Affäre im heimischen Verfassungsschutz ab. Ebenfalls zwei Mal war ein Medienpapier Auslöser, worin das Innenministerium die Polizeidirektionen angewiesen hatte, nicht alle Medien gleich zu behandeln. Diesmal sind Kickls umstrittene Aussagen zum Rechtsstaat („Das Recht folgt der Politik, nicht die Politik dem Recht“) der Grund für die Abstimmung.

Sollte der Misstrauensantrag eine Mehrheit erhalten, müsste Kickl zurücktreten. Doch er muss sich keine Sorgen machen. Wie jedes Mal wird der Misstrauensantrag auch dieses Mal von der Regierungsmehrheit im Parlament abgeschmettert werden. Denn das schärfste Mittel der parlamentarischen Kontrolle hat praktisch keine Wirkung: Noch nie in der Zweiten Republik wurde ein Minister oder gar die gesamte Bun-



Der Innenminister muss nichts befürchten: Noch nie in der Zweiten Republik war ein Misstrauensantrag erfolgreich.

BILD: SNIWA/SCHLAGER

desregierung mittels Misstrauensantrag abgesetzt, da so gut wie immer die Mandatäre der Regierungsparteien über eine parlamentarische Mehrheit verfügen. „Der Misstrauensantrag ist kein Minderheitenrecht und lebt vor allem von der Ankündigung in den Medien“, sagt Parlamentarismus-Experte Werner Zögernitz. Mitunter seien damit Minister, die schon kurz vor ihrer Absetzung gestanden seien, sogar einbetonierte worden, weil die Regierung die Reihen dicht gemacht habe, sagt er. Das Misstrauensvotum sei nur bei Minderheitsregierungen erfolgreich. Und das sei auch der

Grund, warum Minderheitsregierungen keine Tradition in Österreich hätten, betont Zögernitz: Sie können jederzeit von der Mehrheit im Parlament abgewählt werden.

Bestand hat eine Minderheitsregierung nur dann, wenn sie – wie im Fall des legendären SPÖ-Bundeskanzlers Bruno Kreisky 1970 – eine Vereinbarung mit einer anderen Partei eingeht. So ließ sich Kreisky Anfangs von der FPÖ im Parlament stützen, die dafür beim neuen Wahlrecht Zugeständnisse bekam. Dass Kickl, der erst seit etwas mehr als einem Jahr im Amt ist, schon fünf Misstrauensanträge über sich

ergehen lassen musste, ist übrigens vergleichsweise viel. Spitzenreiterin mit zehn Misstrauensanträgen ist aber bisher Maria Fekter von der ÖVP, die erst als Innenministerin, dann als Finanzministerin polarisierte. Auf Platz zwei liegen ex aequo der einstige Finanzminister Karl-Heinz Grasser und Dieter Böhmendorfer, der als Anwalt Jörg Haiders im Jahr 2000 zum Justizminister aufgestiegen war. Sechs Mal wurde der frühere Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) mit einem Misstrauensantrag bedacht – gleich oft wie der einstige Finanzminister Hannes Androsch (SPÖ). Das zeigt: Je polarisierender ein Minister, desto mehr Misstrauen.

Auf regionaler Ebene hatte ein Mal in Salzburg ein Misstrauensantrag Erfolg: 1997 musste FPÖ-Landesrat Karl Schnell nach der sogenannten Datenklauaffäre gehen, weil die ÖVP den Misstrauensantrag der SPÖ unterstützte – allerdings war das noch zu Zeiten einer Proporzregierung, als alle Parteien ab einer gewissen Größe einen Sitz in der Landesregierung hatten. **zim**

Österreich rückt bei Transparenz auf Platz 14 vor

Im Korruptionsindex verbessert, „aber erst auf dem halben Weg“.

WIEN. Österreich hat sich im neuen „Korruptionswahrnehmungsindex 2018“ von Transparency International (TI) im Vergleich zu 2017 um zwei Plätze auf Rang 14 verbessert. Dänemark, Finnland und Neuseeland liegen unangefochten auf den ersten drei Plätzen, die letzten Ränge belegen der Südsudan, Syrien und Somalia. Den 14. Platz (76 von 100 Punkten) teilt sich Österreich mit Hongkong und Island. Seit 2013 hat Österreich sieben Punkte dazugewonnen, seit dem Vorjahr einen. Die bisher beste Platzierung war mit Rang zehn im Jahr 2005. EU-weit liegen hinter Finnland und Schweden (Rang drei), die Niederlande und Luxemburg (Ränge acht und neun) sowie Deutschland und dem Großbritannien (Rang elf) vor Österreich. „Wir sehen im diesjährigen CPI ein Signal an Politik, Wirtschaft und Verwaltung, die Bestrebungen nach mehr Transparenz zu intensivieren“, sagte Eva Geiblinger, Leiterin von TI Österreich. „Österreich gehört an die Spitze, wir sind erst auf halbem Weg.“ Bei Transparenz sieht sie im Bereich der Universitäten sowie im Lobbying Verbesserungsbedarf. **SN, APA**

KURZ GEMELDET

Ab einer Straftat bereits Asylstatus aberkennen?

WIEN. In einem Schreiben an den zuständigen Kommissar und den rumänischen EU-Ratsvorsitz wirbt Innenminister Kickl (FPÖ) um Unterstützung für den Vorstoß, straffällige Flüchtlinge leichter abzuschreiben. Er plädiert für Aberkennung bereits bei einer Straftat. **SN, APA**

Krisenpflege: Kindergeld erst nach drei Monaten

WIEN. Krisenpflegeeltern sollen künftig erst Kinderbetreuungsgeld bekommen, wenn sie das Kind mindestens drei Monate durchgehend betreuen. Die ÖVP verteidigte den Antrag: Da das Krisenpflege-Wesen den Ländern obliege, würden Pflegeeltern auch von diesen finanziell entschädigt. **SN, APA**

Österreich ist neutral, aber nicht sehr

EU-Wahlkampf: Neos und SPÖ streiten über die Neutralität. Es ist ein Streit im luftleeren Raum.

ANDREAS KOLLER

WIEN. Wer das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ studiert, dem bleiben wenig Zweifel: Die Koalition hat nicht vor, an der immerwährenden Neutralität Österreichs zu rütteln. Nicht weniger als zehn Mal verweisen die Koalitionsparteien in ihrem Pakt auf Österreichs Neutralität, die es „zu wahren“ (Seite 10) und „zu stärken“ (Seite 22) gelte und zu der ein „klares Bekenntnis“ (Seite 24) abzulegen sei.

Anders sieht dies Neos-Spitzenkandidatin Claudia Gamon, die sich am Montag in der „ZiB 2“ für die Schaffung einer „europäischen Armee“ aussprach und

diesem Ziel auch die Neutralität opfern würde. SPÖ-EU-Spitzenkandidat Andreas Schieder lehnte das umgehend ab. Die Neutralität sei ein „Grundpfeiler der österreichischen Außenpolitik“, jeder, der sie abschaffen wolle, müsse mit „entschiedenem Widerstand“ der SPÖ rechnen. Schieder hatte sich tags zuvor in einem SN-Interview für eine gemeinsame europäische Außenpolitik ausgesprochen, die auch mit „militärischen Mitteln“ zu sichern sei. Dies sei aber kein Widerspruch zur Neutralität, sagte er.

Und wie ist die Gesetzeslage? Das 1955 nach Abzug der letzten Besatzungssoldaten beschlossene Neutralitätsgesetz besteht nur aus wenigen Sätzen, deren wesentliche

lauten: „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neu-

Kampfeinsätze sind gesetzlich erlaubt

tralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“

Eine Teilnahme an militärischen EU-Missionen im Rahmen der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik ist Österreich aber möglich. Denn ein eigens geschaffener Verfassungsartikel besagt, dass sich Österreich an humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden Aufgaben sowie „Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung“ einschließlich friedensschaffender Maßnahmen beteiligen darf. Das Neutralitätsgesetz stand auch nicht der Beteiligung Österreichs an ethischen UNO-Friedensmissionen im Weg.

Fazit: Österreich hat sein Neutralitätsgesetz im Lauf der Jahrzehnte mehrmals an die geänderten politischen Verhältnisse angepasst.